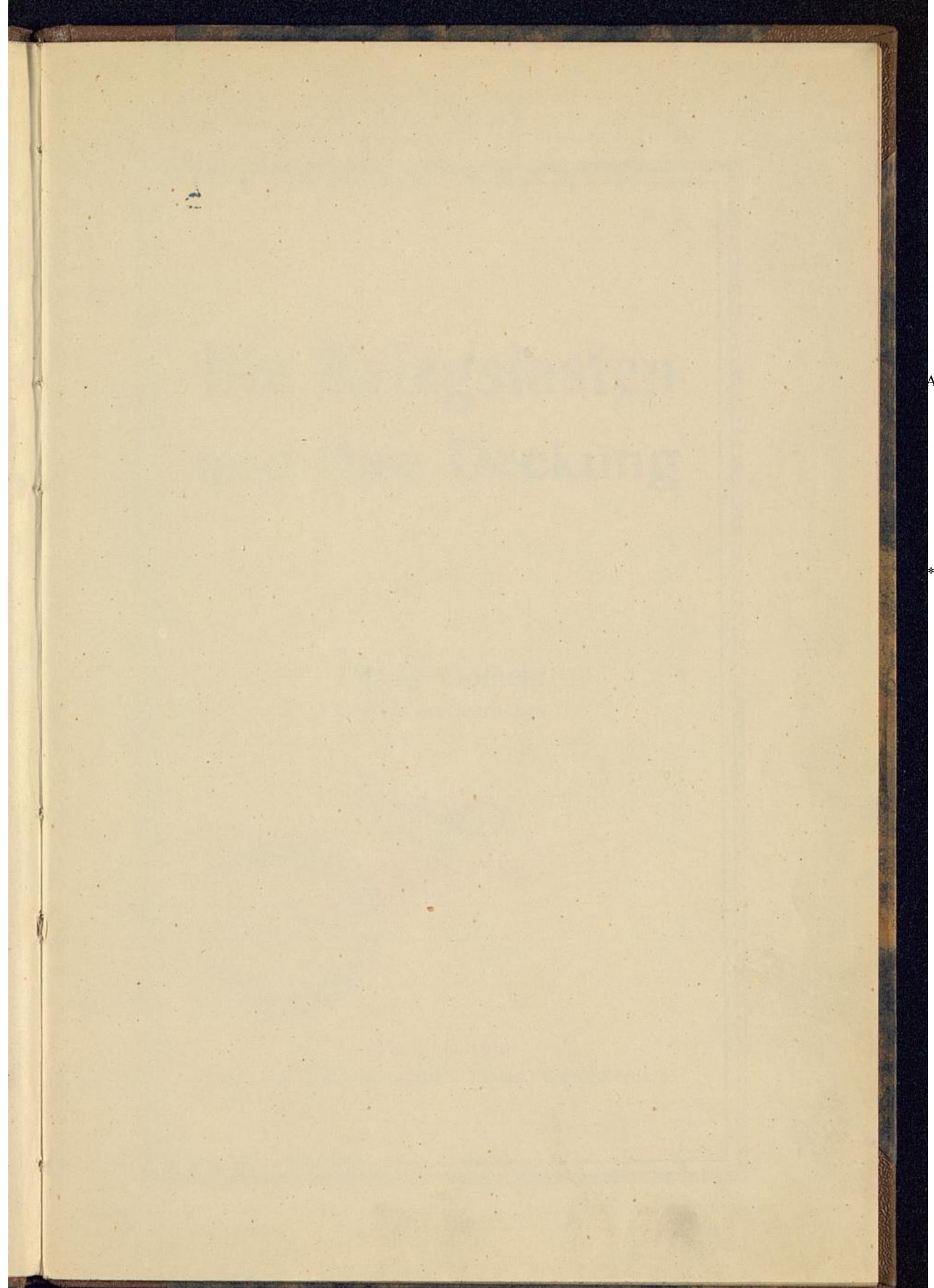
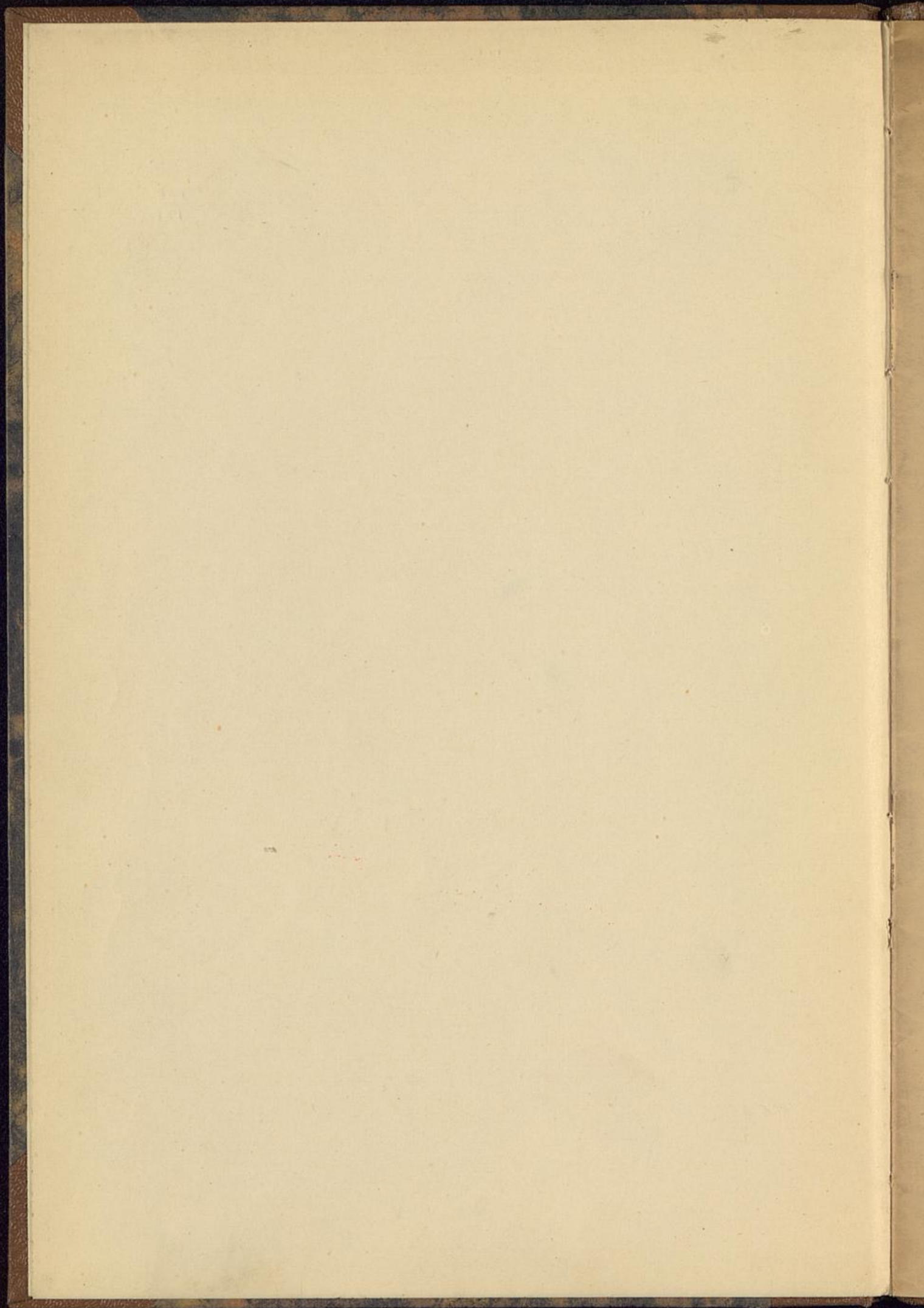


VW.

1705

No 1705
Gothheim





Nw 1705

Die Kriegslasten und ihre Deckung

Von

Georg Gothein
Mitglied des Reichstags



AUSGESONDERT

BERLIN 1916

Druck und Verlag von Liebheit & Thiesen, Niederwallstraße 15

x

5.4.1916-50d

Die Kriegslasten und ihre Deckung

Von

Georg Gothein
Mitglied des Reichstags



AUSGESONDERT



BERLIN 1910

Verlag von Loebner & Lieben, Friedrichstraße 15

Vorwort.

Wenn sich auch heute das Ende des Krieges ebensowenig wie die aus ihm erwachsenden Lasten klar übersehen lassen, erscheint es doch erwünscht, sich ein allgemeines Bild über den voraussichtlichen Umfang der letzteren und über die Art und Weise zu machen, wie diese Lasten gedeckt werden können. Es ist notwendig, diese Fragen aus dem Nebel allgemeiner Schlagworte in das Licht kritischer Betrachtung zu ziehen, schon um hinterher ein unliebsames Erwachen zu verhindern. Es kann das um so eher geschehen, als wir daraus erneut die Sicherheit gewinnen, auch finanziell durchhalten zu können. Im übrigen sei ausdrücklich bemerkt, daß das Nachstehende lediglich die persönlichen Ansichten des Verfassers wiedergibt.

Die Ordnung ihrer Finanzen wird auch nach Friedensschluß an alle kriegführenden Staaten — ja selbst an viele neutrale — ungeheure, nie dagewesene Anforderungen stellen. Von den ersteren dürften ihnen nur die wirtschaftlich kräftigeren gewachsen sein.

Rußland hat bereits vor dem Kriege sein Mehr an Ausgaben nur durch ständig sich steigernde Auslandsanleihen zu decken vermocht. Durch den Krieg haben sich seine Verhältnisse unsagbar verschlechtert. Der Rubel steht 40 % unter New-Yorker Parität. Die seit Monaten geplante Auslandsanleihe von 5½ Milliarden Rubel kann nicht zustande kommen; man behilft sich mit Zwangsanleihen bei der Reichsbank, deren Metallbestand die Verbindlichkeiten nicht mehr mit 20 % deckt, und mit französischen und englischen Vorschüssen. Die Zeichnungen auf die Inlandsanleihe bleiben trotz stärksten amtlichen Druckes minimal. Die Verluste an im Kriege Gefallenen werden auf 2½ Millionen geschätzt. Wie viele an Krankheiten und Entbehrungen zugrunde gegangen, wie viele durch Verstümmelung und sonst erwerbsunfähig geworden sind, entzieht sich der Beurteilung. Jedenfalls handelt es sich auch dabei um enorme Ziffern. Die dichtest bevölkerten, industrie-reichsten Gegenden sind verwüstet oder endgültig verloren. Eine der reichsten, größten und gewerbfleißigsten Städte wie Riga ist durch eigene Kopflösigkeit ruiniert. Die Verschuldung ans Ausland ist ins Ungemessene gestiegen. Welches Land wird aber nach dem Kriege noch fähig sein, Rußland zu borgen! Es bleibt ihm also nur der Staatsbankrott übrig. Das bedeutet freilich den jahrzehntelangen Verzicht auf jede Auslandsanleihe und damit die Aussicht auf völlige wirtschaftliche Stagnation. Nur bei weitester Einschränkung seiner Rüstungsausgaben wird Rußland nach Jahrzehnten in der Lage sein, sich einigermaßen von dem furchtbaren Schlag dieses Krieges zu erholen.

Italien hatte unter Rückendeckung des Dreibundes durch eine kluge Finanzpolitik seine vorher im argen liegenden Finanzen allmählich in günstige Lage gebracht. Schon das libysche Abenteuer hatte sie wieder erschüttert. Die Verteuerung seiner Einfuhr — besonders an Getreide und Kohlen — hatte schon vor seinem Eingreifen in den Krieg die

Zahlungsbilanz ungünstig beeinflusst. Seitdem hat sich das von Tag zu Tag verschlimmert, die Zufuhren sind immer teurer geworden, die eigene Ausfuhr ist infolge der Mobilmachung gewaltig zurückgegangen und der Krieg kostet ihm enorme Opfer an Menschen und Geld. Bei der ohnehin nicht allzu großen wirtschaftlichen Kraft des Landes werden seine durch den Krieg in heilloser Verwirrung gestürzten Finanzen auch im Frieden nur sehr schwer wieder in Ordnung zu bringen sein. Um so schwerer, als es Jahrzehnte dauern dürfte, ehe der Fremdenverkehr wieder annähernd den früheren Umfang erreicht. Das wird auch die Einnahmen der italienischen Bahnen lange Zeit höchst nachteilig beeinflussen, während deren Betriebskosten bei den wahrscheinlich kommenden englischen Ausfuhrzöllen für Kohle erheblich steigen dürften, zumal bei dem Mangel an Schiffsraum jahrelang mit hohen Seefrachten zu rechnen ist. Obwohl Italien seine Ausfuhr — bis auf Österreich-Ungarn, Bulgarien und die Türkei — aufrechterhalten kann, hat sich doch seine Handels- und Zahlungsbilanz so verschlechtert, daß seine Valuta bereits ein halbes Jahr nach seinem Eintreten in den Krieg um über 20 % unter Parität New York stand und einer weiteren Verschlechterung entgegensieht. Bei dem großen Einfuhrbedarf des Landes bedeutet aber eine Valutaverschlechterung ganz etwas anderes als bei Deutschland, das während des Krieges den größten Teil seines Bedarfs durch Eigenerzeugung deckt.

Die indirekten Steuern und Zölle lasteten schon vor dem Kriege derart schwer auf dem italienischen Volk, daß seine Auswanderung die jedes anderen Landes überstieg. Ein weiteres Anziehen dieser Steuern nach dem Kriege dürfte zur Massenflucht der Bevölkerung führen und damit zu weiterer gefährlicher wirtschaftlicher Schwächung des Landes. Durch direkte Steuern die ungeheuren durch den Krieg erwachsenen Lasten zu decken, ist für Italien aber eine Unmöglichkeit. Bei längerer Kriegsdauer dürfte es daher ebenfalls nicht um den Staatsbankrott herumkommen.

Das „reiche Rentnerland“ Frankreich war einmal ein reiches Land. Gewiß sind sein Boden und die Gunst des Klimas dauernde Quellen des Wohlstandes; aber an dem, was den eigentlichen Reichtum eines Landes ausmacht, an Menschen, blieb es schon seit 1870/71 zurück; seine Regenerativkraft erlahmte, die Bevölkerung stagnierte. Und nun dieser entsetzliche Aderlaß für das ohnehin menschenarme Land! Bereits vor dem Kriege zählte es 28–29 Millionen Seelen weniger als Deutschland und seine Verluste an Toten übersteigen auch absolut weitaus die deutschen!

Dazu kommt das Versagen der Weinernte — 1915 war sie so gering, wie kaum in den schlechtesten Jahren der Reblausverwüstung. Seine industriellsten und landwirtschaftlich reichsten Gebiete sind von uns be-

setzt oder Kriegsgebiet. Der Wiederaufbau des Zerstörten wird viele Milliarden kosten und die Materialien dazu ebenso wie die Maschinen muß das Ausland liefern. Die Einziehung zum Heere umfaßt mehr Altersklassen als in Deutschland; es bleiben nicht genug Menschen übrig, um den Heeresbedarf herzustellen, geschweige für die Ausfuhr zu arbeiten. Im Gegenteil, Lebensmittel, Waffen, Munition und sonstiger Heeresbedarf müssen in gewaltigen Mengen eingeführt werden. In den ersten 9 Monaten 1915 war die Handelsbilanz um $2\frac{3}{4}$ Milliarden Frs. schlechter als gleichzeitig 1914, während die Verschlechterung beispielsweise in Österreich-Ungarn noch keine 200 Millionen Kronen ausmachte. Bei der Bank von Frankreich betrug schon am 27. November 1915 bei einem Metallbestand von nicht ganz 5200 Millionen Frs. der Notenumlauf 14278 Millionen Frs., der Vorschuß an den Staat 7600 Millionen Frs., der an Verbündete 575 Millionen Frs. Trotz der unbehinderten Ausfuhr nach den verbündeten und neutralen Staaten, trotz der Möglichkeit, sich durch Verkauf von Effekten Guthaben im neutralen Ausland zu schaffen, trotz der gemeinsam mit England in Amerika aufgenommenen Anleihe von 500 Millionen Dollars blieb die französische Valuta mit über 13 % unter New-Yorker Parität. Die große 5 %ige Siegesanleihe konnte nur mit 88 gegen 99 in Deutschland ausgegeben werden und sie ist alles eher als ein Erfolg; im Inland mußte man die älteren Renten mit in Zahlung nehmen, im Ausland stellt sich ihre Verzinsung auf über $6\frac{1}{2}$ %; und nur 3876 Mill. M hat sie an Barzeichnungen erbracht. Dazu kommen die enormen Verluste, die Frankreich an seinen Auslandseffekten erleidet. Allein an russischen wurde sein Besitz vor dem Kriege auf 21 Milliarden Frs. bewertet. Nach dem unvermeidlichen russischen Staatsbankerott — und es handelt sich ganz überwiegend um Staatspapiere — werden sie kaum mehr als die Hälfte wert sein. Und bei dem allgemein gestiegenen Zinsfuß werden auch die anderen Rentenscheine eine sehr erhebliche Werteinbuße erfahren haben; Frankreich hat aber seine Ersparnisse mit Vorliebe in exotischen Anleihen angelegt, die es jetzt zu versilbern nicht in der Lage ist, da sie außer dem Pariser keinen anderen Markt haben.

Neben der Verzinsung und Tilgung seiner Anleihen — und der Krieg kostet ihm monatlich mindestens 2200 Millionen Frs. — wird Frankreich viele Milliarden jährlich an Renten für die Hinterbliebenen der Gefallenen und für Kriegsinvaliden aufwenden müssen. Diese Summe wird wesentlich größer als die von Deutschland aufzubringende sein, da in letzterem die bessere ärztliche Versorgung eine erheblich größere Zahl der Geheilten aufweist.

Ob Frankreich mit seiner so furchtbar verminderten Zahl von Erwerbstätigen nach dem Kriege noch in der Lage sein wird, seinen finanziellen Anforderungen zu entsprechen, mag dahingestellt bleiben. Sollte ihm diese unsagbar schwere Aufgabe wider Erwarten gelingen,

so ist es jedenfalls für absehbare Zeit außerstande, wieder Geldgeber anderer Staaten zu werden. Die Verhältnisse liegen heute anders als nach 1871: seine Menschenverluste dürften das Zehnfache der damaligen betragen, die Kapitalverluste — schon ohne Kriegsentschädigung — mindestens das Fünffache. Damals ergoß sich sofort wieder der Fremdenstrom aus England, Rußland, Belgien, Österreich-Ungarn, Italien nach Frankreich; diesmal gehen alle diese Länder wirtschaftlich schwer geschädigt aus dem fürchterlichen Ringen hervor. Und die vermehrten Besucher aus den Vereinigten Staaten, aus den Niederlanden und Skandinavien können keinen entsprechenden Ersatz gewähren.

England wird im Frieden seine Verhältnisse wieder zu ordnen vermögen — vorausgesetzt, daß der Krieg nicht zu lange dauert und nicht Aufstände in Indien und Ägypten ausbrechen. Aber auch sein Reichtum mindert sich rapid. Jeder weitere Monat Kriegsdauer belastet es mit 3000 Mill. M reiner Kriegskosten, und es ist sehr fraglich, ob diese Summe in künftigen Monaten nicht wesentlich überschritten wird. In den ersten 14 Monaten des Krieges hat sein Einfuhrüberschuß 494 Millionen £, d. i. rund 10 Milliarden Mark, überstiegen; im Oktober 1915 allein war die Einfuhr um $\frac{3}{4}$ Milliarden Mark größer als die Ausfuhr. Dabei erscheint seit mehreren Monaten die Einfuhr für Rechnung der Regierung nicht in der Statistik. Rechnet man sie hinzu, so würde die Masseneinfuhr von Kriegsmaterial den Einfuhrüberschuß noch gewaltig anschwellen lassen. Gewiß ist Englands Handelsbilanz seit Menschengedenken passiv gewesen; sie wurde mehr als ausgeglichen durch die Frachten der Seeschifffahrt, durch die Vermittlungsspesen der Kaufleute und Banken, durch die Erträge des im Ausland angelegten Kapitals. Aber diese Quellen sind, auch wenn sie während des Krieges in unvermindertem Maß fortfließen, nicht ergiebig genug, um die enorme Steigerung der Einfuhr auch nur entfernt auszugleichen. Und sie fließen jetzt wesentlich schwächer. Die Schifffahrt erfreut sich zwar riesig hoher Seefrachten, aber diese muß in erster Linie England für seine Kriegszwecke, in zweiter müssen sie seine Verbündeten bezahlen. Besonders bitter klingen die Klagen Italiens über die unerhörte Ausbeutung durch die englischen Frachten. Es ist aber wohl anzunehmen, daß Italien sich einen Teil seiner Kriegskosten durch England hat sichern lassen.

England ist insofern in günstiger Lage, als es seine Ausfuhr nach den ihm verbündeten Staaten, mit Ausnahme Rußlands, sowie nach den neutralen Staaten aufrechterhalten kann. Das um so eher, als ein ungleich geringerer Teil seiner Bevölkerung unter den Waffen steht, als bei den Kriegführenden mit allgemeiner Wehrpflicht. Je stärker aber seine Rekrutierung wird, um so weniger Menschen bleiben für die Herstellung von Ausfuhrwaren übrig; um so mehr wird England auf

die Einfuhr angewiesen; um so stärker wächst seine Verschuldung ans Ausland. Die soeben beschlossene Heeresvermehrung um eine weitere Million ist daher höchst zweischneidig. Solche militärische Stärkung heißt für England wirtschaftliche Schwächung.

Der Sterlingkurs war bis zum Kriegsausbruch der ruhende Pol in der Flucht der Valutaschwankungen. Auch nach der 500-Mill.-Dollaranleihe blieb er gegenüber der Parität New York um rund 5%, gegenüber dem holländischen Gulden sogar um 8 $\frac{1}{4}$ %, neuerdings 10% zurück. Alle englischen Massenverkäufe amerikanischer Werte, alle hohen Schiffsfrachten haben das nicht aufhalten können*). Gewiß, Deutschlands Valuta wird jetzt auf den ausländischen Märkten noch erheblich niedriger bewertet, vor allem infolge englischer Börsenmanöver, denen nunmehr entgegengetreten wird. Aber es leidet darunter weit weniger, weil es den größten Teil seines Bedarfes im Inland deckt. Englands Einfuhrüberschuß aber steigt dauernd. Im Oktober 1915 war seine Einfuhr um 31,9% höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Gelingt es England nicht, neue große Anleihen in Amerika abzuschließen — was wenig wahrscheinlich ist, da die letzte noch schwer in den Kellern der Banken liegt und auch die Zeichner bei dem Rückgang des Kurses erhebliche Verluste daran erlitten haben —, so muß der Sterlingkurs beträchtlich weiter sinken, d. h. England muß immer höhere Preise für die aus dem Ausland eingeführten Waren anlegen.

Unter diesen Verhältnissen erscheint der Ausspruch Lloyd Georges, England müsse unter Umständen den Krieg 10 Jahre weiterführen, als hohle Renommisterei. Jedes weitere Kriegsjahr kostet ihm mindestens 40 Milliarden Mark an reinen Kriegskosten. Sein eigener Kredit hat aufs Schwerste gelitten; wie soll es den finanziell noch weit mehr Not leidenden Verbündeten, wie Italien, wie Rußland, ja selbst wie Frankreich aushelfen! Der Führer der Tories Bonar Law hat im Oberhaus davon gesprochen, daß man sogar den Staatsbankrott riskieren müsse, um den Krieg zu gewinnen; ein solcher würde selbst für England sicher sein, wenn der Krieg noch zwei Jahre dauern würde. Muß es doch jetzt schon zu einer Steigerung seiner direkten Steuern bis auf 50% der Einkommen und zu einer starken Herabsetzung der steuerfreien Einkommensgrenze schreiten, nur um sein Budget — ohne Kriegskosten — im Gleichgewicht zu erhalten. Man hat noch in lebhafter Erinnerung, welche Schwierigkeiten der Burenkrieg den Finanzen Englands bereitet, wie es länger als ein Jahrzehnt gebraucht hat, um sie zu überwinden. Und was war das für ein Miniaturkrieg gegenüber dem heutigen Riesen-

*) Allerdings ist es England in letzter Zeit gelungen, den Sterlingkurs in New York wieder zu heben; aber selbst der „Economist“ bezweifelt, daß das von Dauer sein werde, da sich Englands Handelsbilanz 1915 um 227 Mill. £ schlechter gestellt habe als 1913 und sich weiter verschlechtere.

ringen! England kann den Krieg als Erschöpfungskrieg führen, aber seine und seiner Verbündeten Erschöpfung dürfte früher eintreten, als die der Zentralmächte. Davon hätten schließlich nur die Vereinigten Staaten von Amerika Vorteil. Allenfalls noch Japan, das damit freie Hand in Asien erhalten würde. Es wäre der Selbstmord Europas. Amerika würde die Führung der Welt übernehmen.

Auch für Deutschland und seine Verbündeten ist die Finanzfrage eine äußerst ernste. Ein reiner Agrarstaat, wie Bulgarien, das erst seit wenigen Monaten im Kriege steht und gute Ernten hinter sich hat, kann ziemlich lange durchhalten, zumal nach der reichen Kriegsbeute, die es in Serbien gemacht hat und seitdem es den beträchtlichen Überschuß seiner Landwirtschaft zu hohen Preisen an die Zentralmächte absetzen kann. Aber freilich mit seinem Anleihebedarf war und bleibt es auf Deutschland angewiesen.

Für die Türkei liegt die wirtschaftliche Frage natürlich noch schwieriger. Militärisch ist sie durch die wiederhergestellte Verbindung mit den Mittelmächten völlig gesichert. Waffen, Munition, Offiziere, Truppen und aller Heeresbedarf können ungehindert bis zur Sinaihalbinsel, bis Mesopotamien und Persien gelangen. Aber freilich die Ausfuhr ist größtenteils abgeschnitten; nur über Bulgarien konnte sie nach Mitteleuropa wieder aufgenommen werden. Das eigene Land ist nicht leistungsfähig. Die Kriegskosten müssen daher durch Kreditoperationen im Ausland aufgebracht werden. Das heißt: der deutsche Kapitalmarkt muß in Anspruch genommen werden.

An dieser Quelle zapft auch Österreich-Ungarn. Wohl haben seine Kriegsanleihen überraschend guten Erfolg gehabt; freilich, wieviel dabei auf die deutschen Zeichnungen entfällt, ist nicht ersichtlich. Bei dem ungünstigen Stand der österreichischen Valuta geben die österreichischen und ungarischen Anleihen für den deutschen Zeichner eine sehr hohe Verzinsung, die stark zu ihrem Erwerb anreizt. Der Grund des ungünstigen Kurses der Krone ist vor allem in der Unterbindung der Ausfuhr zu suchen, verschärft durch die ungünstigen Ernten der beiden Kriegsjahre, die auch eine Nahrungsmittelzufuhr nötig machen. Mit der Wiedereroberung des größten Teils von Galizien, wo die Ackerbestellung im Herbst 1915 vorgenommen werden konnte, wird sich das im folgenden Jahr wesentlich bessern. Die Ausfuhr von Industrieerzeugnissen wird dagegen — aus Mangel teils an Rohstoffen, teils an Arbeitern — während des Krieges weiterhin versagen. Auch der Schuldendienst für die stark im Ausland untergebrachten Anleihen wirkt nachteilig auf die österreichisch-ungarische Zahlungs-

bilanz und damit auf den Kurs der Krone. Die ersten fünf Kriegsmonate haben Österreich nahezu 5 Milliarden Kronen gekostet; die späteren Monate kaum weniger.

Wie für die Alliierten England, so ist für die Verbündeten Deutschland der finanzielle Rückhalt. Seine Kapitalkraft hat sich als erstaunlich erwiesen. Jede neue Kriegsanleihe war ein größerer Erfolg; jede folgende konnte zu höherem Kurse ausgegeben werden, brachte steigende Zeichnungen; die letzte 12,16 Milliarden Mark. Niemand zweifelt, daß die im Frühjahr zur Ausgabe gelangende ein gleicher Erfolg sein wird, denn die Einlagen bei Banken und Sparkassen weisen sehr günstige Ziffern auf. Von den früher bewilligten Krediten von insgesamt 30 Milliarden Mark sind 25½ Milliarden durch langfristige Anleihen gedeckt. Mit dem neu bewilligten Kredit von 10 Milliarden steigt die gesamte Kriegsschuld auf 40 Milliarden Mark. Es ist anzunehmen, daß man damit bis in den Juni reichen wird. Die monatlichen Kriegsausgaben haben 2000 Mill. M überschritten, sind in einem Monat bis auf 2150 Mill. M gestiegen, dürften aber in den ruhigeren Wintermonaten wieder zurückgehen. In England haben sie die dritte Milliarde überschritten und dürften bei der Vielseitigkeit der Kriegsschauplätze weiter steigen.

Deutschland ist die Ausfuhr seiner Industrierzeugnisse größtenteils unterbunden; vielfach muß es auch da, wo es sie aufrechterhalten könnte, darauf verzichten, so zum Teil in Kali, weil das zur Sprengstoff-fabrikation Verwendung findet; in Teerfarbstoffen, weil durch deren Fehlen die englische Textilindustrie aufs Schwerste betroffen wird; in zahlreichen anderen Fabrikaten, weil die Rohstoffe knapp sind. Nur Zug um Zug gegen die Einfuhr benötigter Waren wird die Ausfuhr erlaubt. Unsere Schifffahrt — mit Ausnahme der auf der Ostsee — ist lahmgelegt; damit fehlen uns die Einnahmen aus den sonst für andere Länder vermittelten See- und Eisenbahnfrachten. Unser erheblicher Besitz an amerikanischen Wertpapieren, Minenshares usw. liegt größtenteils in englischen Banken und kann darüber jetzt nicht flüssig gemacht werden, ja selbst ihre Zinsen und Dividenden verbessern während des Krieges die englische Zahlungsbilanz. All das bewirkt, daß die deutsche Valuta jetzt unvorteilhaft auf den ausländischen Geldmärkten bewertet wird; immerhin nur wenig schlechter als die französische und erheblich besser als die italienische, geschweige gar die russische. Wenn auch Deutschland in der glücklichen Lage ist, den größten Teil seines Bedarfs durch Eigenproduktion zu decken, so muß es doch immerhin gewisse Mengen aus dem neutralen Ausland einführen, hat dorthin größere Zahlungen zu leisten, als es empfängt. Indessen trotz der Absperrung stellt sich seine Handels- wie Zahlungsbilanz beträchtlich

günstiger als die seiner Feinde, da die Mengen, die es vom Ausland bezieht, verhältnismäßig gering sind. Von Anfang März bis Anfang November 1915 ging gegenüber dem Dollarkurs der Markkurs nur um 2,14 % zurück, dagegen der Sterlingkurs um 6,24 %, der Frankenkurs um 13,95 %, der Lirekurs um 10,5 % und der Rubelkurs um 18,70 %. Wenn inzwischen die deutsche Valuta vorübergehend auf auswärtigen Märkten eine weitere Entwertung erfahren hatte, so dürfte die in die Wege geleitete Organisation des Devisenhandels bald Abhilfe schaffen. Wir haben daher mit keiner weiteren erheblichen Entwertung zu rechnen, wohl aber unsere Feinde mit einer recht starken.

Stellt sich damit unsere finanzielle Kriegslage im Verhältnis zu der unserer Feinde immerhin günstig, so dürfen wir doch keineswegs verkennen, welche enormen Lasten uns der Krieg bringt. Und die Frage, wie sie nach Friedensschluß zu tragen und abzubürden sind, ist auch für uns eine unsagbar schwer zu beantwortende.

Geht der Krieg im Mai oder Juni zu Ende, wozu leider noch wenig Aussicht ist, so haben wir im Frieden 5 % von 40 Milliarden, d. s. 2 Milliarden, an Zinsen und $\frac{1}{2}$ % an Tilgung, d. s. 200 Millionen Mark, aufzubringen, wobei die ersparten Zinsen jährlich der Tilgungsquote zuwachsen müßten. Zu diesen 2,2 Milliarden werden aber noch annähernd weitere 3 Milliarden Mark für Renten an Hinterbliebene von Gefallenen oder an Wunden und Krankheiten gestorbenen Krieger, sowie an Invaliden und Kriegsbeschädigte, ferner an Entschädigungen für im Krieg zerstörtes oder in Verlust geratenes Eigentum, Wiederherstellungen usw. hinzutreten. Insgesamt würden also im Reich 5,2 Milliarden Mark oder rund 80 M pro Kopf der Bevölkerung mehr aufgebracht werden müssen, als vor dem Kriege — immer vorausgesetzt, daß dieser im Mai sein Ende erreicht. Dabei ist allerdings eine Kriegsentschädigung nicht vorgesehen. Angenommen, es gelänge uns durch eine solche 1 Milliarde jährlich an Zinsen und Tilgung zu sparen, so würde sich die aufzubringende Jahressumme auf 4,2 Milliarden oder rund 65 M pro Kopf verringern. Ob bei der furchtbaren finanziellen Erschöpfung unserer Feinde sich eine Kriegsentschädigung von 18 Milliarden M erreichen läßt, mag dahingestellt bleiben. Auf alle Fälle werden wir mit einer ungeheuren Steuererhöhung zu rechnen haben. Um so mehr, als auch die Einzelstaaten und vor allem die Gemeinden, die heute in gewaltigem Umfang schwebende Schulden aufnehmen müssen, zu einer solchen schreiten müssen. Im günstigsten Fall werden wir im Reichsetat das Dreifache dessen aufbringen müssen, wie vorher im Frieden. Und diese vermehrte Last muß von einer wesentlich verminderten Zahl Erwerbstätiger getragen werden, denn durch Tod und vollständige Erwerbsuntauglichkeit scheiden viele Hunderttausende ganz aus, weitere Hunderttausende sind durch Kriegsbeschädigung und Schwächung ihrer

Gesundheit in ihrer Erwerbsfähigkeit beschränkt. Die ersten Jahrzehnte nach dem Krieg werden daher für Deutschland trotz aller kriegerischen Erfolge ungemein schwere und ernste sein. Es ist ein trauriger Trost, daß sie für die anderen Kriegführenden sich noch schlimmer gestalten dürften.

Wie soll diese ungeheure Last getragen werden?

Es ist klar, daß man zur Deckung solch riesiger Ausgaben jede nur denkbare, halbwegs vernünftige Steuermaßnahme anwenden muß. Man wird auch hier umlernen und sich zu manchem verstehen müssen, was man in Friedenszeiten aufs Heftigste bekämpft haben würde.

Manche glauben die überaus schwierige und komplizierte Frage allein mit dem Schlagwort „Reichsmonopole“ lösen zu können. Es muß aber in jedem Fall sorgfältig geprüft werden, ob ein Gewerbszweig sich zum Monopolbetrieb eignet, ob nicht die Überführung in ihn so riesige Entschädigungen erfordert, daß der Monopolgewinn von vornherein aufgezehrt wird oder ob er nicht weit höhere Geschäftsspesen verursacht, als der private Betrieb. Im allgemeinen eignet sich ein Industrie- oder Handelszweig nur dann zum Monopolbetrieb, wenn er auf wenige Betriebsstätten beschränkt ist.

Das ist z. B. bei der Zigarettenindustrie der Fall. Sie wird der Monopolisierung sicher nicht entgehen, auch wenn man während der Kriegsdauer sich mit der stärkeren steuerlichen Heranziehung des Fabrikats begnügen dürfte.

Umgekehrt ist die Zigarrenindustrie in so vielen Händen, daß die notwendigen Entschädigungen den Ertrag des Monopols verschlingen würden. Hier kann man Mehreinnahmen nur durch stärkere steuerliche Heranziehung erzielen. Daß damit der kleine Fabrikant härter als der große getroffen wird, haben die Erfahrungen mit der Fakturenwertsteuer bewiesen. Die Banderolesteuer würde in der gleichen Richtung wirken und allmählich die Konzentration der Tabakindustrie unter Ausschaltung der schwächeren Fabrikanten zeitigen, sie monopolreifer machen. Vorläufig ist sie es keinesfalls.

Das Kalimonopol würde ertragreich sein können, wenn nicht die unglückselige Preispolitik des früheren Kalisyndikats und die völlig verunglückte Kaligesetzgebung zu einer so fürchterlichen Überproduktion an Kaliwerken geführt hätte, daß jedes nur einen kleinen Bruchteil seiner Förderfähigkeit ausnutzen kann. Die Produktionskosten sind darüber unsinnig hoch; trotz verhältnismäßig sehr hoher Kalipreise ist eine Rentabilität meist nicht vorhanden. Das Reich müßte ungefähr zehnmal soviel Werke erwerben, als es vernünftigerweise betreiben kann. Durch die Betriebskonzentration in wenigen Werken würden allerdings die Förderkosten sich beträchtlich ermäßigen. Ohne sehr erhebliche Verteuerung des Kalis würde aber ein nennenswerter Gewinn für das

Reich nicht herausschauen. Kali wird nun hauptsächlich als Düngemittel von der deutschen Landwirtschaft verwendet; eine Erhöhung der Kalipreise verteuert ihr also die Produktionskosten. Eher ließe sich ein Ausfuhrzoll auf Kali rechtfertigen, der freilich im Ausland ein Ansporn zum Aufsuchen von Kalilagerstätten sein würde.

Ein Branntweinmonopol würde dem Reich zweifellos gewaltige Einnahmen bringen können, wenn nicht unsere unglückliche Branntweinsteuergesetzgebung sich das Ziel gesetzt hätte, all die im freien Konkurrenzkampf nicht lebensfähigen, weil zu teuer produzierenden kleineren und mittleren landwirtschaftlichen Brennereien künstlich zu erhalten. Die Branntweinsteuer ist bei uns eine Prämie für die unrationell und teuer Produzierenden, eine Strafsteuer für die technisch Fortgeschrittenen. Ein Branntweinproduktionsmonopol vermöchte nur dann lohnende Einnahmen zu bringen, wenn mit der Begünstigung der kleinen Brennereien gebrochen und der Betrieb dort konzentriert würde, wo er mit den billigsten Selbstkosten arbeitet. Die mit Liebesgaben gefütterten Rittergutsbrennereien haben zwar keinen gesetzlichen Anspruch auf Fortgewährung des Geschenks, das in ihrem Durchschnittsbrand liegt, aber im Gutspreis wird es als etwas gewissermaßen ewiges kapitalisiert. Und ob sich gegen die agrarischen Widerstände eine wirkliche im Reichsfinanzinteresse liegende Reform der Branntweinsteuer durchsetzen läßt, auf deren Grund dann ein lukratives Reichsbranntweinmonopol aufzubauen wäre, erscheint zweifelhaft. Die Spirituszentrale, die ja nahezu ein indirektes Zwangsmonopol darstellt, zum Reichsmonopol auszubauen, würde allerdings keine Schwierigkeiten haben, aber auch kaum höhere Erträge bringen, als eine Erhöhung der Branntweinsteuer. Der einzige Vorteil beim Reichsmonopol wäre die Kapitalablösung der Kontingente der Brennereien, die an sich unwirtschaftlich arbeiten und nur wegen der im Durchschnittsbrand liegenden Prämie fortbetrieben werden. Damit ließe sich mit der Zeit eine Gesundung der Branntweinsteuer herbeiführen. Aber mit solchen Plänen wird der brennenden Finanznot nicht gesteuert.

Die Monopolisierung der Spiritusrektifikation — der Spritfabriken — ist bei deren vorgeschrittener Konzentration leicht zu bewirken; schon die letzte Branntweinsteuervorlage sah das vor; freilich, der finanzielle Erfolg ist nicht hoch einzuschätzen.

Eine Petroleummonopolvorlage dürfte wohl wiederkehren; wenn auch in wesentlich anderer Form; sie dürfte sich auch nicht auf Leuchtöl beschränken, sondern müßte Benzin, Benzol und Treiböle mit umfassen, deren überragende Wichtigkeit sich gerade in diesem Krieg gezeigt hat. Mit der Erschließung der mesopotamischen und südpersischen Erdöllagerstätten durch die Bagdadbahn und ihre Zweigbahnen, durch die Sicherung des Weges nach dem Orient infolge des bulgarischen Bündnisses würde einem solchen Monopol die nötige

militärische Garantie gegeben sein. Das braucht nicht zu hindern, im Frieden überwiegend amerikanisches Leuchtöl zu beziehen. Freilich, das finanzielle Erträgnis soll man nicht allzu hoch anschlagen.

Ein Kohlenproduktions- und -Verkaufsmonopol ließe sich wohl durchführen; aber die technischen und finanziellen Ergebnisse der Staatsgruben lassen es nicht verlockend erscheinen. Der Staatsbetrieb arbeitet nun einmal schwerfälliger und teurer als der Privatbetrieb. Die günstigen Ergebnisse von Post- und Eisenbahnverwaltung dürfen darüber nicht hinwegtäuschen. Bei ihnen überwiegt die Verwaltung enorm das Technische; beim Bergbau ist es umgekehrt. Soll aber das Kohlenmonopol dem Reich die erforderlichen großen Einnahmen bringen, so würde das nur durch eine starke Erhöhung der Verkaufspreise möglich sein, zu der dann noch die gestiegenen Selbstkosten hinzutreten würden. Die finanzielle Wirkung ließe sich also sicherer und einfacher als durch das Monopol durch eine Steuer auf Brennmaterialien erreichen.

Auch der Gedanke eines Elektrizitätsmonopols wird gesprächsweise erörtert. Man versteht darunter das Monopol für elektrische Kraftübertragung von Zentralen aus. An sich spricht manches dafür. Man wird nicht verkennen können, daß bei einheitlicher systematischer Organisation wesentliche Betriebs- und Verwaltungssparnisse gemacht werden können. Die Zersplitterung in viele kleine Elektrizitätszentralen ist teuer und unrationell. Andererseits stößt die Vereinheitlichung auf große Schwierigkeiten; so da, wo Abgase von Koks- und Hochöfen zur Elektrizitätserzeugung mit verwendet werden. Es ist auch nicht zu verkennen, daß ein solches Reichsmonopol sehr unliebsam in die Finanzgebarung von Einzelstaaten, Gemeinden und Gemeindeverbänden eingreifen würde. So ist Bayern zur weitgehenden Nutzbarmachung seiner Wasserkräfte behufs Erzeugung von elektrischer Energie übergegangen; ebenso Baden. Provinzen, Kreise, städtische Gemeinden haben ähnliches getan z. T. in der Form gemischter Gesellschaften. An anderen Stellen bestehen langdauernde Lieferungsverträge mit privaten Unternehmungen.

Die Frage eines Elektrizitätsmonopols ist daher höchst kompliziert, wenn auch keineswegs unlösbar; nur darf man sich nicht einbilden, daß ohne wesentliche Preiserhöhung etwas Nennenswertes für das Reich herauskommen würde. Von kleineren Monopolen sei noch auf das Zündholzmonopol hingewiesen, das bei der weitgehenden Konzentration der Fabrikation und ihrer bereits jetzt schon vorhandenen Kontingentierung verhältnismäßig leicht durchzuführen ist, bei Konkurrenz der Feuerzeuge aber keine allzu großen Überschüsse abwerfen würde.

Auf die komplizierte Frage eines Stickstoffmonopols soll an dieser Stelle nicht eingegangen werden; jedenfalls würden seine Reinerträge nicht allzu hoch sein. Und ob es nicht stark lähmend auf den

Erfindergeist und die Fortbildung der Gewinnung von Stickstoff aus der Luft einwirken würde, ist eine nicht abzuweisende Sorge.

Einem Reichsmonopol für Feuer-, Unfall-, Renten- und Lebensversicherung stehen ebenfalls manche Bedenken gegenüber. Bei der Feuerversicherung das der bürokratisch unkulanten Regelung der Brandschäden; bei den anderen Versicherungsarten die Schwierigkeit der Werbung von Versicherungsanträgen. Natürlich ginge es auch nicht ohne eine ausreichende Entschädigung der bisherigen Versicherungsanstalten. Überhaupt würden alle Monopole die Ausgabe großer Mengen von Reichsanleihen bedingen. Bei der Massenhaftigkeit, in der sie nach dem Krieg ohnehin vorhanden sein werden, könnte das leicht eine Überfüllung des Effektenmarktes mit Reichsanleihen nach sich ziehen, die deren Kurs nachteilig beeinflussen könnte. Dieser Gesichtspunkt spricht überhaupt stark gegen die Einführung aller Monopole, die große Entschädigungen verursachen. Für die kommende Regelung der Finanzen wird es eine der wichtigsten Aufgaben sein, die Reichsschulden zu vermindern, nicht sie — selbst zu werbenden Zwecken — zu stark zu vermehren. Eine weise Finanzpolitik wird jedenfalls dahin wirken müssen, daß bis zum Tage der Rückzahlungs- bzw. Konvertierungsmöglichkeit der Anleihen der Parikurs erreicht wird.

Ein weit eher gangbarer Weg ist der, vorhandene Monopole ertragreicher zu gestalten. Hier kommt wesentlich nur das Postmonopol in Betracht. 1913 betrug der Überschuß der Reichspost- und Telegraphenverwaltung wenig über 56 Mill. M bei allerdings 30,16 Mill. M einmaligen und 34,05 Mill. M außerordentlichen Ausgaben, von denen die letzteren ganz, die ersteren überwiegend als Vermögensvermehrung anzusprechen sind. Die Einnahmen dieser Verwaltung beliefen sich 1913 auf 833,3 Mill. M. Eine starke Portoerhöhung würde zwar einen gewissen Rückgang des Verkehrs zur Folge haben, andererseits aber, da mit einem solchen auch eine gewisse Ausgabenminderung verbunden wäre, eine gewaltige Steigerung der Reineinnahmen. Der Verkehrsrückgang würde ganz besonders in Drucksachen eintreten, deren Versendung ohnehin der Post relativ große Ausgaben verursacht.

Man wird nicht verkennen dürfen, daß eine Portoerhöhung eine an sich höchst unerwünschte Verkehrssteuer ist, die besonders den Handel stark belastet, seine Spesen erhöht. Zu anderer Zeit würde man sie energisch bekämpfen, aber die Not der Zeit zwingt dazu, sich auch damit abzufinden. Mit einer durchschnittlichen Verdoppelung des Portos und der Telegraphengebühren wird sich eine Mehreinnahme von rund 700 Mill. M für das Reich erzielen lassen. Und das würde eine Reineinnahme sein, der keine Mehrausgaben gegenüber stünden.

Man kann sicher sein, daß keiner der kriegführenden Staaten — selbst England nicht — um die Portoerhöhung herumkommt. Solche Riesenlasten zu tragen, müssen eben ungewöhnliche, sehr unerwünschte Steuern übernommen werden.

Bei dieser Gelegenheit erweist sich übrigens die Beseitigung der bayerischen wie der württembergischen Post als dringend geboten. Da beide Staaten für ihre Posten entsprechende Ausgleichsbeträge an das Reich abführen müssen, haben sie kein nennenswertes finanzielles Interesse an der Beibehaltung dieses Reservatrechts. Man kann ihnen auch ruhig ihre Sonderbriefmarke fortgewähren, bei Freizügigkeit aller Briefmarken im ganzen Reich. Man kann ihnen ferner die Verwendung der aus Bayern und Württemberg stammenden Beamten — besonders der Zivilversorgungsberechtigten — vorzugsweise in ihren Heimatländern sichern. Im übrigen aber ist es Zeit, die einheitliche Post- und Telegraphenverwaltung für das ganze Reich durchzuführen.

Nicht minder wünschenswert wäre es, die einzelstaatlichen Eisenbahnen durch ein einheitliches Reichseisenbahnwesen zu ersetzen. Nur gebe man sich nicht der Hoffnung hin, dadurch ohne weiteres Mehreinnahmen für das Reich herauszuschlagen. Denn die Einzelstaaten würden mit Recht eine angemessene Entschädigung fordern. Und eine starke Erhöhung der Eisenbahnfrachten begegnet den allergrößten Bedenken. Am wenigsten läßt sich eine Reichsverkehrssteuer als prozentualer Zuschlag zu den Bahnfrachten erheben. Sie würde die ohnehin unter ungünstiger Verkehrslage leidenden Gegenden sehr viel härter treffen als die günstig gelegenen. Damit würden die Produktions- und Absatzbedingungen ganzer Industriegebiete aufs Gefährlichste verschoben werden. Es könnte dies manche Städte und Gegenden geradezu ruinieren. Auch könnte man dann nicht bei den Bahnfrachten stehen bleiben, sondern müßte Zuschläge auch zu den Wasserfrachten erheben, die aber je nach Wasserständen und vorhandenem Laderaum stark schwanken. Ist eine Frachterhöhung aus finanziellen Gründen absolut nicht zu umgehen, so muß sie unter sorgfältiger Berücksichtigung aller Produktions-, Absatz- und Wettbewerbsverhältnisse mit größter Vorsicht geschehen. Freilich würden Reichsbahnen eine größere Gewähr ausgleichender Gerechtigkeit dabei bieten als einzelstaatliche. Solange irgendwie eine weitere Frachtenbesteuerung vermieden werden kann, muß sie vermieden werden. Selbst die Erhöhung des Stempels auf Personenfahrkarten sollte tunlichst unterlassen werden; sie belastet vorzugsweise den Warenhandel, der bereits durch die Portoerhöhung schwer betroffen wird.

Von sonstigen Verkehrssteuern ist die Quittungssteuer zu nennen, die bei der großen Finanznot kaum zu umgehen sein wird. Ob man sie wie den Scheckstempel einheitlich oder abgestuft gestaltet, ist ohne prinzipielle Bedeutung; im Interesse eines höheren Erträgnisses wäre das letztere vorzuziehen.

Dringend zu warnen ist vor einer Erhöhung der Stempelabgaben auf Wertpapiere. Schon der jetzige Stempel hat vielfach die Errichtung von Einlösungsstellen für Kupons und Dividendscheine ausländischer Wertpapiere in Deutschland verhindert und den deutschen Besitz in Londoner Depots getrieben. Das hat nicht nur die Besitzer, sondern weit mehr noch die deutsche Zahlungsbilanz während des Krieges aufs Empfindlichste geschädigt. Und der hohe Effektenstempel in Frankreich hat an die Pariser Börse gerade jene minderwertigen exotischen Papiere gebracht, die sich während des Krieges als unveräußerlich erwiesen haben.

Gerade im Interesse der finanziellen Kriegsbereitschaft haben wir alle Ursache, von solch unglücklichen Experimenten Abstand zu nehmen.

Trotzdem wir in Deutschland bereits recht hohe Zölle und indirekte Steuern haben, wird uns der riesenhafte Finanzbedarf doch noch zu ihrer stärkeren Heranziehung zwingen. Selbstverständlich darf dabei nicht an eine Mehrbelastung notwendiger Nahrungsmittel, sondern nur an die von Genußmitteln gedacht werden. Also von alkoholischen Getränken, Tabak, Kaffee, Tee und Gewürzen. Es wäre sogar sehr erwünscht, wenn diesen Erhöhungen eine Entlastung bei notwendigen Lebensmitteln gegenüberstünde. Jedenfalls wird man mit dem Einfuhrscheinsystem brechen müssen, schon um die Gefahr einer übermäßigen Getreide- und Mehlausfuhr vor Kriegsausbruch zu begegnen. Das würde eine mäßige Senkung des Roggenpreises nach sich ziehen. Man wird sich indessen über die Mehrerträge, die aus diesen Steuerquellen fließen, keinen Illusionen hingeben dürfen. Der Kaffeezoll hat bisher rund 100 Mill. M im Jahre gebracht, seine Verdoppelung würde, da ein starker Konsumrückgang zu befürchten wäre, jedenfalls kaum 80 Mill. M mehr als bisher bringen. Tee, Kakao, Gewürze brachten nur 21 Mill. M. Tabakblätter und Tabakerzeugnisse freilich 131 Mill., wozu noch an Tabakwertsteuer und Zigarettensteuer 44 Mill. M hinzutraten; hier wird man zur Not 100–120 Mill. M mehr herausbringen können. Branntwein, Bier und Wein haben bisher rund 400 Mill. M der Reichskasse gebracht. Viele Hunderttausende von Männern, die nun doch einmal die Hauptverbraucher dieser Genußmittel sind, kehren nicht mehr heim. Infolge dessen muß mit einem erheblichen Verbrauchsrückgang — wenigstens bei den alkoholischen Getränken — gerechnet werden. Bei Tabak wird ein solcher weniger eintreten, da sich viele Nichtraucher oder schwache Raucher im Kriege daran gewöhnt haben. Insgesamt wird aus den Genußmitteln kaum viel mehr als 500–600 Mill. M Mehreinnahme herauszuschlagen sein, wenn man nicht die Branntweinbesteuerung auf eine ganz andere Basis stellen will. Dann ließe sich wohl ein weiteres Mehr von 100 bis 200 Mill. M erzielen.

Aber all das reicht nicht entfernt aus zur Deckung der riesigen Mehrlasten. Man würde es auch in den breiten Schichten des Volkes nicht verstehen, wenn man seine Zuflucht lediglich zu Verkehrssteuern, indirekten Steuern, Zöllen und Monopolen nehmen und den Besitz freilassen wollte. Hat doch der Krieg, der freilich die große Mehrheit auch der Kapitalisten empfindlich geschädigt hat, einer beschränkten Zahl große Vermögen gebracht. Durch die geplante Kriegsgewinnsteuer soll ein beträchtlicher Teil dieses Vermögenszuwachses dem Reiche zugeführt werden. Man darf freilich nicht verkennen, daß die Heranziehung der juristischen Personen (Aktiengesellschaften, Gesellschaften m. b. H., Genossenschaften) eine weitgehende Doppelbesteuerung bedeutet; daß sie bei den sog. Schachtelungsgesellschaften in eine Drei- und Vierfachbesteuerung ausarten kann. Nicht selten wird auch der Aktionär oder Gesellschafter, der in seinem Gesamteinkommen und Vermögen durch den Krieg schwer geschädigt worden ist, indirekt in erheblichem Maße zur Kriegsgewinnsteuer herangezogen werden. Das Reich übersetzt hier das *Suum cuique* mit Fritz Reuter in: „Halte fest, was du hast, und sieh, was du kriegen kannst!“ Immerhin wird man zugeben können, daß die Steuer hier an einer Stelle erhoben wird, an der ein Gewinn vorliegt. Und bei den physischen Personen erscheint sie in jeder Hinsicht gerechtfertigt.

Aber wie hoch sie auch genommen werden sollte, jedenfalls ist sie keine Steuer, die während der langen Jahrzehnte der Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihen, der Auszahlung von Kriegsrenten gleichmäßige Erträge geben kann, die die Erfüllung dieser schweren Aufgaben sichern. Als die Vermögenszuwachssteuer Gesetz wurde, rechnete man mit einem im wesentlichen gleichmäßigen Zuwachs des Vermögens. Der Krieg hat diese Voraussetzung zunichte gemacht. Fast mit Sicherheit läßt sich annehmen, daß am ersten Stichtag — dem 31. Dezember 1916 — die meisten Vermögen keine Vermehrung, sondern eine Verminderung erfahren haben werden. Man denke nur an die massenhaften Besitzer von mit Hypotheken stark belasteten Hausgrundstücken, an die, welche festverzinsliche Staats-, Kommunal- oder Industrieobligationen, welche Pfand- oder Rentenbriefe, welche Aktien durch den Krieg lahmgelegter Gesellschaften oder deutsche Kolonialwerte besitzen! Der Vermögenszuwachs wird hier in der Regel ein stark negativer sein. — Eine solche Steuer hat zudem immer einen aleatorischen Charakter, je nachdem am Stichtage Hochkonjunktur oder wirtschaftliche Depression herrscht. Das Reich braucht aber gleichbleibende Einnahmen, um die unverminderten Ausgaben zu decken. Da ist nicht der Vermögenszuwachs, sondern das Vermögen selbst das geeignete Steuerobjekt, das zwar auch gewissen, aber doch verhältnismäßig weit geringeren Schwankungen unterworfen ist.

Nun haben die Beratungen der Finanzkommission des Reichstags beim Wehrbeitragsgesetz unzweideutig erwiesen, daß eine alleinige Besteuerung des Vermögens ohne gleichzeitige Erfassung des Einkommens zu den größten Unzuträglichkeiten führen würde. Beide Steuern gehören zusammen, ja die Einkommensteuer ist das Primäre, die Vermögenssteuer nur ihre Ergänzung. Treffend heißt sie im preußischen Steuersystem auch Ergänzungssteuer.

Bei der in solchem Umfang nie dagewesenen Finanznot des Reichs kann man daher von der Besteuerung von Einkommen und Vermögen durch das Reich nicht absehen.

Nun liegen für ihre Heranziehung bei uns die Verhältnisse nicht so einfach wie in einem Einheitsstaat, z. B. in England. Mit vollem Recht hat der Reichsschatzsekretär darauf hingewiesen, daß ein großer Teil der Aufgaben, welche dort der Staat übernimmt, bei uns von Einzelstaaten und Gemeinden getragen werden müssen. Diese aber sind — abgesehen von ihrem werbenden Vermögen — auf die direkten Steuern (einschließlich Grund- und Gewerbesteuern) angewiesen. Um zu einem richtigen Vergleich zu kommen, müssen also alle diese direkten Steuern zusammengezählt werden. Es ist deshalb ausgeschlossen, sie für das Reich so stark heranzuziehen wie das in England geschehen kann.

Ebensowenig kann das Reich aber auf sie verzichten, weil man den „Einzelstaaten und Gemeinden nicht die Steuerquelle abgraben soll, auf die sie angewiesen sind“. Es handelt sich garnicht darum, sie ihnen abzugraben, sondern an ihr mitzuzapfen. Das mag dem einzelnen Zensiten hart erscheinen, er mag meinen, die direkten Steuern seien schon drückend genug. Aber die Not der Zeit drückt eben schwer und verlangt, hart zu sein. Das Geld muß aufgebracht werden; es ist mehr als Ehrensache, es ist eine wirtschaftliche Existenzfrage, auch nach dem Kriege durchzuhalten, die in ihm eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Nur dann werden wir uns in absehbarer Zeit wieder zu gesunden, erträglichen wirtschaftlichen Verhältnissen durchringen können. Man bilde sich auch nicht ein, daß die anderen kriegführenden Staaten nach dem Kriege geringere Lasten zu tragen haben werden. Nein, wesentlich schwerere. Unsere Produktionsstätten sind fast durchweg unberührt geblieben, nur wenige Landstriche sind den Verwüstungen des Krieges ausgesetzt gewesen. Unsere Anleihen sind fast ganz im Inland aufgebracht worden; wir brauchen nicht Zinsen und Tilgungsbeträge dafür an das Ausland abzuführen.

Freilich, auch unsere direkten Steuern werden sich verdoppeln. Bei dem, der bisher 20 % seines Einkommens an Reich, Staat und Gemeinde gezahlt hat, werden es bis zu 40 %, in den höchsten

Stufen vielleicht noch mehr werden. Denn auch Staat und Gemeinde werden ihre Steuern erhöhen müssen. Namentlich die letzteren haben — besonders Groß- und Industriestädte — gewaltige Aufwendungen für Kriegswohlfahrtszwecke machen müssen und ihre Steuerzahler stehen größtenteils im Felde, können vielfach nicht zahlen. Sie haben in großem Maßstabe schwebende Schulden aufnehmen müssen, die verzinst und getilgt werden müssen. Aber alle diese Lasten und Schulden sind doch verschwindend gegen die, welche dem Reich aus dem Kriege erwachsen. Es sind Schulden, die nach verhältnismäßig kurzer Zeit getilgt sein werden, Lasten die bald nach Friedenseintritt verschwinden werden. Die dafür gemachten Steuererhöhungen werden nach verhältnismäßig kurzer Zeit aufhören. Sie dürfen den Zugriff des Reichs nicht hindern; denn woher soll das schließlich die Mittel nehmen?

Deutschland leidet infolge seiner Vielstaatigkeit an einer bedenklichen Buntscheckigkeit der direkten Steuern. Es ist unbedingt notwendig, darin einmal zu einheitlichen Grundsätzen zu kommen, ebenso zu einer einheitlichen Veranlagung. Bei dem Wehrbeitragsgesetz hat man den ersten schüchternen Versuch hierzu gemacht; aber bei der Verschiedenartigkeit der Steuersysteme konnte nur ein sehr bescheidener Erfolg erzielt werden. Besonders würde die einheitliche Kontrolle der Veranlagung durch das Reich — wenn irgend möglich auch Reichsveranlagungsbehörden, die unabhängig von Kreis- und Bezirksausschüssen und Landräten ihres Amtes walten — für das Steuererträgnis vieler Einzelstaaten von höchstem Wert sein.

Es kann nicht verkannt werden, daß selbst wenn diese Einheitlichkeit erzielt ist, doch für manche Staaten ohne erhebliches werbendes Staatsvermögen, eine Überlastung mit direkten Steuern eintreten kann, sofern noch die Reichssteuer hinzutritt. Hier müßte ein gewisser Ausgleich dadurch geschaffen werden, daß durch die Reichssteuer das werbende Vermögen der Staaten und Gemeinden erfaßt würde — also Bahnen, Bergwerke, Forsten, Domänen, Heilquellen usw. Werden doch die Staatsbetriebe auch zu den Gemeindeabgaben herangezogen. Es hätte das zudem das Gute, daß einmal der Wert des Staatsvermögens und das Einkommen daraus einigermaßen zutreffend festgestellt würde.

Steuern zahlen, ist eine Ehrenpflicht — erklärte der Reichsschatzsekretär —, also auch eine Ehrenpflicht für die Fürsten. In dieser schweren Not muß das Steuerprivilegium der Fürsten — das zudem den Reichssteuern gegenüber gar nicht besteht — beseitigt werden.

Der Wehrbeitrag hat im dreijährigen Zeitraum noch nicht eine Milliarde Mark gebracht. Er wird in der Form einer Reichseinkommen- und Vermögenssteuer eine ständige Einrichtung — freilich mit wesentlich höheren Sätzen — werden. Jedenfalls wird man den doppelten bis dreifachen Betrag davon erwarten.

Mit aller Entschiedenheit muß von vornherein Verwahrung eingelegt werden gegen sogenannte Besitzsteuern, die nur gewisse Vermögens- oder Einkommensarten treffen und andere frei lassen oder sie erheblich geringer heranziehen; Steuern, die mit Vorliebe das in Handel und Industrie arbeitende Kapital und das daraus fließende Einkommen belasten. Das Prinzip: „Heiliger Florian, bewahr dies Haus, zünd' andere an!“ darf unmöglich dauernd in unserem Steuerwesen herrschend werden. Es läßt sich allenfalls einmal bei der Kriegsgewinnsteuer ertragen, nicht aber bei Dauersteuern.

Weder Monopolpläne noch die definitive Regelung der direkten Reichssteuern lassen sich während des Krieges verwirklichen. Dazu gehören so umfassende Vorarbeiten, wie sie in dieser Zeit sich überstürzender dringender Aufgaben und bei dem durch Einziehung bewirkten Beamtenmangel unmöglich geleistet werden können. Aber es erweist sich doch notwendig, für die tunlichste Balancierung des laufenden Etats — ohne die eigentlichen Kriegsausgaben — und für einen Teil der Verzinsung der Kriegsanleihen schon während des Krieges Vorsorge zu treffen. Dem wird hinsichtlich der direkten Steuern die Kriegsgewinnsteuer dienen, die bereits für das letzte Quartal des Steuerjahres 1916/17 verrechnet werden kann; daneben werden vielleicht Portoerhöhungen und Steigerungen der Sätze indirekter Steuern auf Genußmittel dienen. Im übrigen wird man sich begnügen müssen, die Grundsätze festzustellen, nach denen die endgültige Deckung der Ausgaben im Reiche später erfolgen soll. Einzelstaaten und Gemeinden werden ihre Zuschläge zur Einkommen- und Vermögenssteuer ebenfalls schon für das kommende Haushaltsjahr festsetzen.

Auch die direkten Steuern können nicht in unbegrenzter Höhe erhoben werden, und es ist mehr als zweifelhaft, ob es ohne weitere Verbrauchsabgaben gelingen würde, die Mittel zur Deckung der Ausgaben nach Friedensschluß aufzubringen. Wahrscheinlich wird man sich zu einer Steuer entschließen müssen, die man in normalen Zeiten als unvernünftig aufs Nachdrücklichste bekämpft haben würde, zur Steuer auf Brennmaterial. Zweifellos verteuert sie die Produktion — das Brot der Industrie. Sie ließe sich nur dann verantworten, wenn auch England dazu überginge. Aber auch ihm wird kaum etwas anderes übrig bleiben. Schon nach dem Burenkrieg schritt es zu dem Ausfuhrzoll auf Kohlen. Man wird sich dort sagen, daß man diesen höher als die innere Steuer machen kann und daß — da die Schiffsfrachten mit den Kohlenpreisen steigen müssen — das Ausland durchschnittlich teurere Kohle als das Inland haben würde. Für den Kohlenexport kommen aber im wesentlichen nur England und Deutschland in Betracht. Alle anderen Länder — die Vereinigten Staaten von Amerika ausgenommen — sind im wesentlichen Einfuhrländer für Kohle.

Allerdings werden die Vereinigten Staaten von ihrer billigen Kohle profitieren; ihre Eisenindustrie wird in anderem Maße als bisher Ausfuhrindustrie werden; aber all zu gefährlich kann die nordamerikanische Industrie schon aus Mangel an Arbeitskräften der europäischen nicht werden. Die Vereinigten Staaten werden auch nach dem Kriege noch ein überwiegender Agrarstaat sein, obgleich sie während desselben einen gewaltigen Schritt zum Industriestaat getan haben.

Eine Kohlensteuer erfordert geringe Erhebungskosten und bringt gewaltige Erträge. Bei einer durchschnittlichen Belastung von 2 M pro Tonne (von 1000 kg) würde sich ein Ertrag von nahezu 600 Mill. M ergeben. Natürlich müßte daneben her eine Besteuerung der Wasserkräfte gehen. Rund der sechste Teil der Steuer würde vom Ausland getragen werden.

Die Drohung Bonar Laws, England müsse den Krieg fortsetzen, auch wenn das zu seinem Staatsbankrott führe, ist nicht ernst zu nehmen; denn wenn ein solcher drohen sollte, würde England schon lange vorher weder im eigenen Lande noch im Auslande Geldmittel mehr aufbringen, geschweige solche seinen Verbündeten gewähren können, was doch nur unter der Garantie des englischen Staates möglich ist. England kann daher den Krieg nicht unbegrenzt weiterführen.

Wird nun Deutschland wirtschaftlich stark genug sein, die Kriegslasten nach dem Kriege zu tragen und allmählich abzubürden?

Das wird sehr schwer sein; aber Deutschland kann es und muß es.

Deutschland kann es: Seine Produktionsstätten sind unversehrt und die Welt hungert nach deutschen Waren — selbst unsere heutigen Feinde. Allerdings werden wir zunächst bedeutende Anschaffungen an Rohstoffen, Nahrungs- und Futtermitteln machen müssen und mit Ausnahme von den sofort versandbereiten Kalisalzen, Farbstoffen, Kohle usw., woraus uns gleich greifbare Gegenforderungen ans Ausland erwachsen, wird einige Zeit vergehen, ehe wir das Geld für unsere gelieferten Fabrikate erhalten. Dagegen dürfte mit Friedensschluß unser erheblicher Besitz an ausländischen Effekten, besonders an amerikanischen und Minenshares, verfügbar werden, mit dem wir unsere zunächst ungünstige Zahlungsbilanz ausgleichen können. Hoffentlich gelingt es uns auch, durch eine Kriegsentschädigung die Mittel zur sofortigen Wiederherstellung des Markkurses auf auswärtigen Plätzen zu erlangen. Ist das erst einmal erreicht, so werden die deutschen Exporte ebenso wie die Frachtenvermittlung das Disagio der deutschen Währung dauernd verhüten. Freilich werden wir den Bezug ausländischer Luxuswaren lange stark einschränken müssen; wir werden ebenso darauf bedacht sein müssen, Vergnügungs- und Erholungsreisen ins Ausland zu unterlassen — natürlich mit Ausnahme von Österreich-Ungarn.

Im übrigen aber gibt der Umstand, daß die zerstörten Gebiete Nordfrankreichs, Belgiens, Polens zum Wiederaufbau auf unser Eisen angewiesen sind, daß sie überwiegend von uns ihre Maschinen beziehen müssen, der deutschen Hütten- und Maschinenindustrie für die ersten Jahre reiche Beschäftigung, die zugleich unsere Zahlungsbilanz verbessern wird.

Bei der durch den Krieg leider stark eingeschränkten Zahl männlicher Arbeiter werden die vorhandenen Produktionsstätten im wesentlichen für mehrere Jahre ausreichen. Kapitalinvestitionen in neue Werke werden nur in ganz geringem Maße vorgenommen zu werden brauchen, die vorhandenen Arbeitskräfte werden daher ganz überwiegend für die Herstellung von Verkaufswaren — besonders für die Ausfuhr — beschäftigt werden. Und — wie erwähnt — ist der Auslandsbedarf daran ungemein groß. Die Verwendung zahlreicher weiblicher Arbeitskräfte während des Krieges zu sonst nur von Männern ausgeführten Verrichtungen wird auch im Frieden fortgesetzt werden und damit — trotz des großen Verlustes von Männern — die deutsche Arbeit produktiver machen.

Die deutsche Seeschifffahrt hat schließlich relativ weniger gelitten als die unserer Gegner. Die bei Kriegsausbruch in feindlichen oder neutralen Häfen internierten deutschen Schiffe müssen nach Friedensschluß ohne Entschädigung zurückgegeben werden. Damit würde sich unser Gesamtverlust von 521 Schiffen mit 1 113 300 Br.-Reg.-Tonnen auf 137 Schiffe mit 308 340 Br.-Reg.-Tonnen, d. h. noch nicht 6 % der deutschen Gesamttonnage, verringern, während die Verluste unserer Feinde auf mindestens $2\frac{1}{4}$ Mill. Br.-Reg.-Tonnen zu veranschlagen sind. Es ist anzunehmen, daß die Kriegsverluste der deutschen Handelsflotte durch Neubauten rasch ausgeglichen sein werden und daß sie — zumal bei dem allgemein stark eingeschränkten Schiffsraum die Frachten längere Zeit hochbleiben werden — die deutsche Zahlungsbilanz günstig beeinflussen wird.

Das gleiche wird die Frachtvermittlung der deutschen Eisenbahnen und Binnenwasserstraßen für Rechnung unserer Hinterländer bewirken.

Durch Herstellung künstlichen Kautschuks und Salpeters, Terpentinöls und Kampfers, wird deren Einfuhr, die vor dem Kriege über $\frac{1}{3}$ Milliarde im Jahre wertete, eine wesentliche Einschränkung erfahren. Auch sonst hat uns der Krieg gelehrt, sparsam zu wirtschaften, so z. B. mit Schmieröl. An Stelle des Benzins wird überwiegend heimisches Benzol verwendet werden. All das wird unserer Zahlungsbilanz zugute kommen.

Freilich eine schwere Zeit starker Einschränkungen, angestrengtester Arbeitsleistung wird es werden, ehe wir uns einigermaßen zu dem früheren Wohlstand wieder durchgerungen haben werden.

Die Lasten, die wir zu tragen haben, werden mit der Zeit geringer. Zunächst die Kinderrenten durch das Hineinwachsen in nicht mehr unterstützungsbedürftiges Alter. Wesentlich langsamer gehen die Witwenrenten zurück; etwas rascher die Elternrenten, die aber

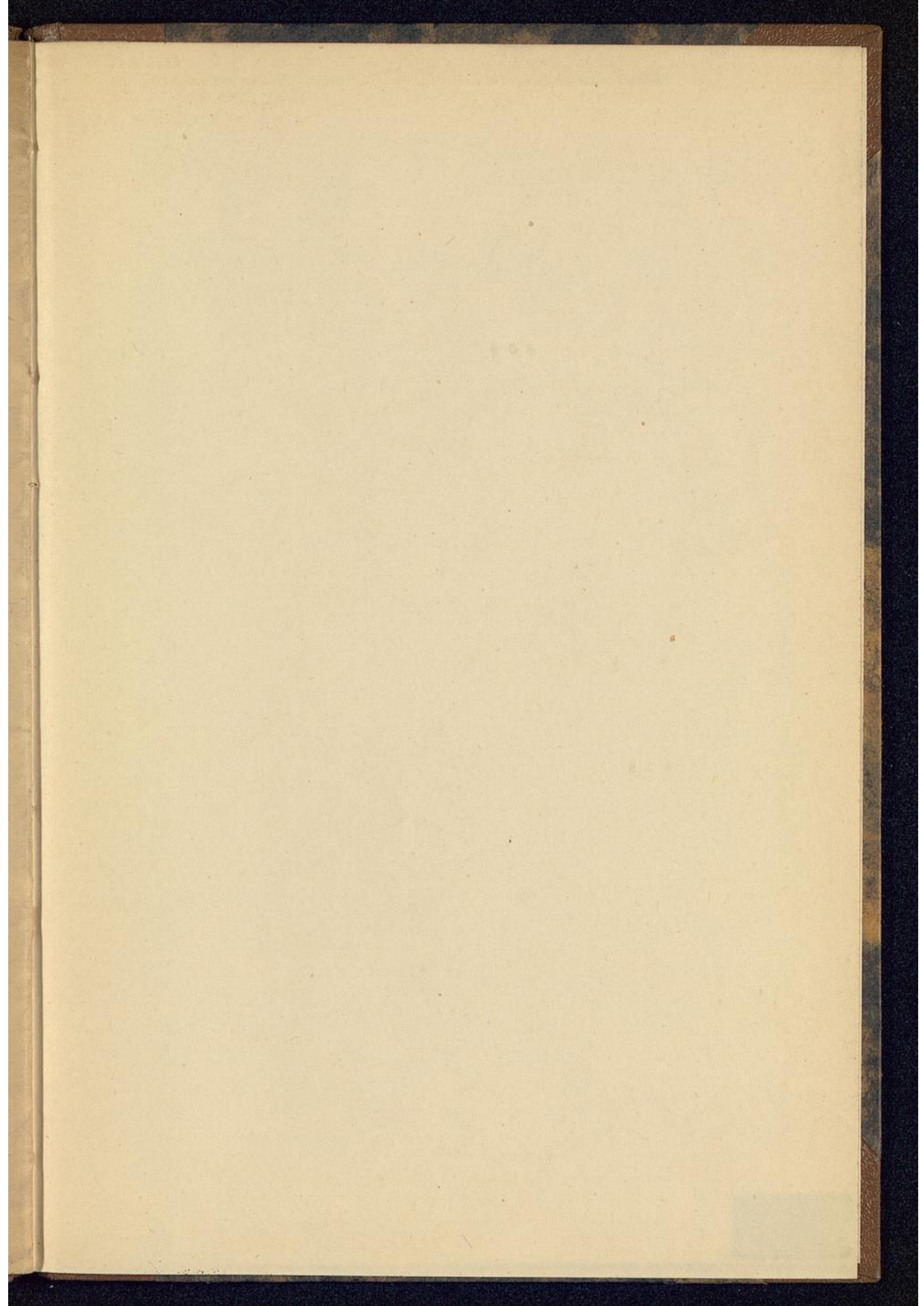
keine große Bedeutung haben. Bei den Invalidenrenten pflegt erfahrungsgemäß der Rückgang nur sehr langsam einzutreten, da sich die gesundheitlichen Nachteile des Krieges oft erst Jahre später geltend machen. Immerhin ist mit einer allmählichen, nicht unwesentlichen Abnahme der Kriegsrenten zu rechnen. Ein Teil der dabei sich ergebenden Ersparnisse könnte zur Schuldentilgung verwandt werden. Mit Rücksicht darauf könnte man diese von vornherein geringer bemessen — vielleicht auf $\frac{1}{2}$ % statt 1 % der ursprünglichen Schuldsomme; wachsen der Tilgung die ersparten Zinsen und Renten zu, so würde sie nicht allzul langsam vor sich gehen.

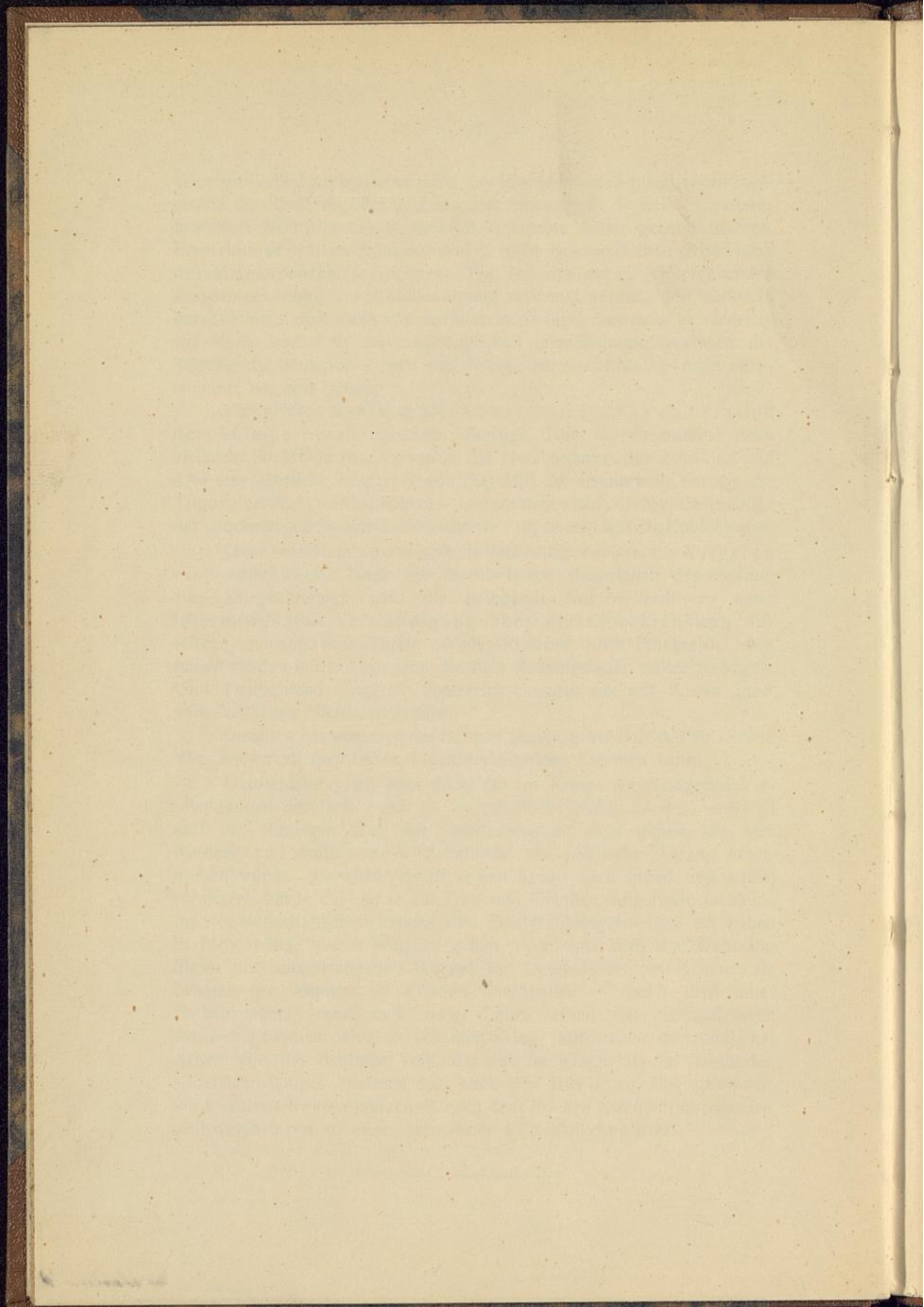
Von größter Bedeutung aber wäre es, von 1925 ab den Zinsfuß der Anleihe herabzusetzen. Beträge dann die Restsumme noch vielleicht 30 Milliarden, so würde die Herabsetzung des Zinsfußes auf 4 % eine jährliche Ersparnis von 300 Mill. M ausmachen, um die die Tilgung verstärkt werden könnte — sofern man nicht vorzöge, dann einige der drückendsten Steuern zu erleichtern — in erster Linie die Kohlensteuer.

Ganz besonders wird es sich als notwendig erweisen, die Ausgaben einzuschränken. Nach der fürchterlichen finanziellen Erschöpfung aller Kriegführenden wird die zwingende Not vielleicht zu einer internationalen Verständigung über die Einschränkung der Rüstungsausgaben führen. Weder Rußland, noch Frankreich, noch Italien werden in der Lage sein, die alten Rüstungslasten weiter zu tragen. Und Deutschland, England, Österreich-Ungarn, nur auf Kosten ihrer wirtschaftlichen Wiedererstarkung.

Brasilien hat seinerzeit das Beispiel gegeben, wie ein Staat auf diesem Weg wieder zu geordneten Finanzverhältnissen kommen kann.

Deutschland muß aber auch die im Kriege eingegangenen Verpflichtungen erfüllen, wenn es wirtschaftlich kräftig bleiben will. Es darf den traurigen Weg des Staatsbankerotts nicht gehen, der sein Ansehen und damit seine wirtschaftliche und politische Stellung untergraben würde. Es würde damit seinen Kredit nach innen und außen ruinieren, würde das ganze auf Treu und Glauben aufgebaute Gebäude unseres wirtschaftlichen Lebens zum Einsturz bringen. Und wir haben es nicht nötig, diesen Weg zu gehen. Was uns auch der Wahnsinn dieses uns aufgedrungenen Krieges für Opfer kostet, wir können sie bringen, wir können im Frieden durchhalten — wenn auch unter Entbehrungen, wenn auch unser Leben einen viel bescheideneren Anstrich gewinnen wird als vor dem Krieg. Mit ernster unermüdlicher Arbeit wird das deutsche Volk, das sich im Kriege als ein stahlhartes, widerstandsfähiges erwiesen hat, auch den friedlichen Sieg gewinnen, wird es die schweren Jahrzehnte nach dem Frieden ehrenvoll überdauern, sich durchringen zu neuer vermehrter wirtschaftlicher Kraft.





HANS KÜGEL
BUCHBINDERS
NÜRNBERG

